

V-13 Für eine risikobewusste Kooperation mit China in Berlin!

Gremium: LAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum: 27.03.2024
Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK
behandelt werden

1 Die Volksrepublik China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner und ein
2 Wettbewerber.
3 Die Zusammenarbeit mit China ist essentiell für die globalen Bemühungen zur
4 Bekämpfung der
5 Klimakrise. Darüber hinaus existieren zahlreiche Kooperationen zwischen deutschen
6 und
7 chinesischen Universitäten sowie Kultureinrichtungen. Für Berlin ist China der
8 zweitgrößte
Handelspartner. Das Land Berlin ist seit April 2018 mit einer
Wirtschaftsvertretung, dem
"Business Liaison Desk China" in Peking vertreten und seit 1994 unterhält die
Stadt Berlin
eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Peking. 2024 steht im Zeichen des
30-jährigen
Jubiläums dieser Partnerschaft.

9 Gleichzeitig ist China für Deutschland auch systemischer Rivale. In den letzten
10 30 Jahren
11 seit Abschluss der Berliner Partnerschaft mit Beijing wurde die chinesische
12 Innenpolitik
13 immer autoritärer und Chinas Außenpolitik zunehmend aggressiver. Die
14 Volksrepublik richtet
15 ihre Kooperationsbeziehungen so aus, dass sie selbst in strategisch wichtigen
16 Bereichen
immer unabhängiger wird, während ihre Partner immer abhängiger von ihr werden.
Erzwungener
Technologietransfer dient, unter anderem, der Marktverdrängung von
wirtschaftlichen
Wettbewerbern. Auch lokale Kooperationskanäle in Wirtschaft, Forschung und Kultur
werden von
der chinesischen Regierung explizit dazu genutzt, um ihre politische Agenda
durchzusetzen.

17 Lange haben Naivität und die bewusste Priorisierung von intensiven
18 Handelsbeziehungen die
19 deutsche Chinapolitik dominiert. Eine offizielle Kurskorrektur erfolgte auf
20 Bundesebene
21 erstmalig 2023 mit der China-Strategie der Bundesregierung sowie der neuen
22 Industriestrategie des BMWK. Auch auf Landes- und Bezirksebene muss ein
23 risikobewusster,
24 strategischer Umgang mit chinesischen Partnern Einzug halten, um wirtschaftliche
und
politische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Aktivist*innen in Berlin
zu schützen.
Sogenannte subnationale Verflechtungen auf landes- und bezirkspolitischer Ebene
sind bisher
ein politischer blinder Fleck. Dem möchten wir entgegenwirken.

25 **FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE EINSTEHEN**

26 Ein weltoffenes, demokratisches Berlin muss bei seiner Kooperation mit China für
27 Menschenrechte einstehen. Der Regierende Bürgermeister und der Berliner Senat
28 dürfen die
29 Menschenrechtsverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) nicht
30 ignorieren. In
31 Berlin kommt es immer wieder zu Fällen von Einschüchterung und Bedrohung von
32 Regimekritiker*innen. Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und
Unterstützer*innen
der chinesischen Demokratiebewegung muss Priorität haben. Deswegen sollte Berlin
bei der
Bekämpfung von transnationaler Repression bundesweit eine Vorreiterrolle
einnehmen.

- 33 • Der Berliner Senat sollte in seiner Kommunikation zur Städtepartnerschaft
34 mit Peking
35 stets auf die Menschenrechtslage in China hinweisen. Dies tut z.B. Köln –
ebenfalls
Partnerstadt von Peking – auf seiner Website.
- 36 • Der Regierende Bürgermeister sollte sich regelmäßig (mind. einmal pro Jahr)
37 und
38 öffentlichkeitswirksam mit NGOs, die sich mit Menschenrechtsfragen zu China
39 beschäftigen, treffen, um sich über die Menschenrechtslage in Peking/China
zu
informieren (siehe Köln).

- 40 • Bei Reisen der Senatsspitze nach China sollten China-Expert*innen und
41 Menschenrechts-
NGOs vorab informiert und konsultiert werden (siehe Köln).
- 42 • Der Berliner Senat sollte die Staatsschutz-Stelle des LKA oder das Berliner
43 Landesamt
44 für Verfassungsschutz finanziell ausstatten, um Fälle transnationaler
Repression
besser zu erfassen und zu bekämpfen.

45 Außerdem sollte sich Berlin solidarisch an die Seite derjenigen Länder, Städte
46 und Regionen
47 stellen, die von China außenpolitisch bedroht und deren demokratische Systeme von
48 China
49 destabilisiert werden. Dies betrifft neben den chinesischen Drohgebärden im
50 südchinesischen
51 Meer auch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Staaten wie Litauen und
52 Australien und den
Widerstand Chinas gegen eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Taipei.
Insbesondere gilt
dies aber für die Destabilisierung des demokratischen Taiwan. Das Land Berlin
muss deutlich
machen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwan-Straße nicht gegen den
Willen der
Menschen in Taiwan erfolgen darf.

- 53 • Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus sollten den Austausch zu
54 anderen Städten
55 und Regionen suchen, in Deutschland und weltweit, die sich chinesischen
Drohungen und
Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sehen, und sich solidarisch positionieren.
- 56 • Der Berliner Senat, das AGH und die Bezirke sollten im Rahmen der deutschen
57 Ein-China-
58 Politik einen engen Austausch mit Städten, Gemeinden und Landkreisen in
59 Taiwan sowie
der taiwanesischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft anstreben. Dies
beinhaltet den
Abschluss neuer Partnerschaften mit Counterparts in Taiwan

60 **WIRTSCHAFTLICHE RISIKEN MINIMIEREN**

61 Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Berlin
62 einerseits sowie
63 China andererseits haben in manchen Bereichen zu einseitigen Abhängigkeiten
64 geführt, die
65 nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und gesellschaftliche Risiken
66 bergen. Das
67 wird insbesondere im Automobilsektor oder auch bei Komponenten für die
68 Energiewende wie etwa
69 Batterien, Solarmodulen, Mikrochips und Seltenen Erden deutlich. In einigen
70 Fällen besteht
71 die Gefahr von Technologietransfers, die auch für militärische Zwecke genutzt
72 werden können.
73 Um unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz zu stärken, bedarf es deshalb
74 einer
75 klaren Strategie zur Risikominimierung, die nicht allein den Unternehmen
überlassen werden
darf. Nicht jede Investition in oder Handel mit China ist systemkritisch oder
erhöht unsere
wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Durchaus sinnvoll ist es jedoch,
strategische
Bereiche gemeinsam zu identifizieren, die zu einseitigen Abhängigkeiten oder zu
einem
handfesten Sicherheitsrisiko für Deutschland werden können, insbesondere im
Bereich der
kritischen Infrastruktur, der Gesundheit oder bei Dual-Use-Gütern. Solche
strategischen
Abhängigkeiten müssen systematisch abgebaut werden, auch durch eine gezielte
Diversifizierung der Berliner Außenhandelsbeziehungen.

- 76 • Ein Sachverständigenrat, der sich aus Expert*innen, Vertreter*innen von
77 Ministerien
78 und Parlament, der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden zusammensetzt,
79 könnte ein
80 erster Schritt sein, um das Thema breit zu verankern und zu diskutieren und
gemeinsam
statt gegeneinander einen einheitlichen Umgang zur weiteren
wirtschaftlichen
Zusammenarbeit mit China zu etablieren.
- 81 • Eine Strategie zur Minimierung des Risikos einseitiger Abhängigkeiten von
82 China muss
83 auch alternative Märkte und Anreize für Unternehmen anbieten. Daher sollte
84 Berlin
85 mittelfristig seine Aktivitäten im Rahmen des "Berlin Business Desk China"
86 zurückfahren und die Kategorisierung von China als eines von zehn

87 Zielländern für die
88 Berliner Akteure der Internationalen Wirtschaftskooperation auf den
89 Prüfstand stellen.
90 Stattdessen sollten das Land Berlin und die Berliner Bezirke Unternehmen
gezielt dabei
unterstützen, ihre Außenhandelsbeziehungen zu diversifizieren. Dafür
sollten relevante
Länder u.a. im Indopazifik-Raum als neue Zielländer der Berliner
Wirtschaftskooperation definiert werden und neue Business Desks in
relevanten Märkten
aufgebaut werden.

- 91 • Um die eigene wirtschaftliche Stärke und Resilienz zu fördern, sind ein
92 attraktives
93 Investitionsklima sowie Innovation und positive Forschungsbedingungen
94 entscheidend.
Hier sollte Berlin zeigen, dass es in der Lage ist, wichtige Industrien vor
Ort zu
halten und zu fördern.
- 95 • Das Land Berlin sollte seine öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass
96 die genannten
97 strategischen Überlegungen, soziale und ökologische Fragen sowie
98 menschenrechtliche
Bedenken berücksichtigt werde. Dies betrifft explizit auch alle
Beschaffungen die im
Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung stehen.

99 **FORSCHUNG & AUSBILDUNG UNABHÄNGIG MACHEN**

100 China-Expertise wird von der Politik bis hin zu Wirtschaft und Wissenschaft oft
101 beschworen,
102 muss jedoch auch gefördert und strategisch aufgebaut werden. Wir brauchen dazu
103 vor allem
104 junge Menschen, die Chinesisch lernen, Aufenthalte in China absolvieren, das Land
105 und die
106 Kultur kennenlernen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Verständigung
107 und
108 Annäherung. Gleichzeitig ist unabhängige China-Expertise unabdingbar, um aktuelle
Entwicklungen in China zu analysieren und einzuordnen, problematische Trends zu
identifizieren und die Politik zu beraten. Die risikobehaftete Beziehung zur
Volksrepublik

muss so gesteuert werden, dass illegitime Aktivitäten der KPCh erkannt und angegangen werden.

- 109 • Zu diesem Zweck sind unabhängige China-Forschung, Sprach- und
110 Austauschprogramme
111 erforderlich. Sprachkurse und Austauschprogramme müssen unabhängig von
chinesischen
Trägern absolviert werden können, um die politische Unabhängigkeit zu
gewährleisten.

112 Darüber hinaus unterhalten Berliner Universitäten und Hochschulen
113 Kooperationsprojekte mit
114 Institutionen in China. Diese können dem Gewinn neuer wissenschaftlicher
115 Erkenntnisse dienen
116 und im beidseitigen Interesse sein. Allerdings nutzt die chinesische Regierung
117 solche
118 Forschungsk Kooperationen auch für Wissenstransfers zu Chinas Gunsten und für
technologische
Fortschritte in kritischen - auch militärischen - Bereichen. Kooperationen von
Berliner
Wissenschaftseinrichtungen mit Institutionen in China dürfen nicht zu
Technologietransfers
in kritischen Bereichen führen.

- 119 • Forschungseinrichtungen sollten das finanzielle Ausmaß, das von
120 chinesischer Seite
121 über Kooperationen getragen wird, transparent machen und ins Verhältnis zur
Gesamtfinanzierung sowie anderweitiger Drittmittelfinanzierung zu stellen.

- 122 • Der Berliner Senat sollte Universitäten bei Kooperationen mit autoritären
123 Regimen wie
124 China zu maximaler Transparenz verpflichten. Sämtliche Kooperationen -
finanzieller
und nicht finanzieller Natur - sollten zentral erfasst werden.

- 125 • Der Berliner Senat sollte Berliner Wissenschaftseinrichtungen verpflichten,
126 zentrale
127 Stellen einzurichten, welche potentielle Kooperationen mit autoritären
128 Regimen wie
China vor deren Beginn überprüfen - insbesondere in Hinblick auf kritische
Technologien.

- 129 • Der Berliner Senat sollte außerdem auf Berliner Universitäten
130 sensibilisieren, ihre
131 bestehenden Kooperationen mit problematischen parteistaatlichen oder
staatsnahen
Organisationen Chinas zu beenden.
- 132 • Dazu gehört insbesondere die Rolle des Konfuzius-Instituts an der Freien
133 Universität
134 Berlin. Konfuzius-Institute sind Teil der Einheitsfront-Strategie der
135 Kommunistischen
136 Partei. In der Vergangenheit sind an deutschen Konfuzius-Instituten Fälle
137 von
Selbstzensur aufgetreten, kritische Veranstaltungen finden quasi nicht
statt. Berliner
Universitäten sollten einer solchen Institution keine Legitimität durch
Kooperation
verleihen, Konfuzius-Institute sollten universitätsunabhängig organisiert
werden.
- 138 • Berliner Universitäten sollten mittelfristig vom China Scholarship Council
139 (CSC)
140 finanzierte Doktorand*innen nicht weiter beschäftigen. Der Berliner Senat
141 sollte
142 gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen Strategien zur alternativen
143 Finanzierung
144 des potentiellen Doktorand*innenpools erarbeiten. Die Rückkehrpflicht der
145 CSC-
146 Stipendiat*innen nach China ist aufgrund des Technologietransferrisikos
147 (u.a)
148 problematisch. Sie sind vertraglich dazu verpflichtet, der chinesischen
149 Botschaft über
ihre Aktivitäten zu berichten. Dies führt zu einem hohen Risiko
hinsichtlich des
Abflusses von Wissen zu kritischen Technologien sowie Spionage-Aktivitäten
für
chinesische Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig geraten Universitäten durch
die hohe
Anzahl an chinesischen Stipendiat*innen in problematische
Abhängigkeitsverhältnisse
(aktuell studieren allein an der FU Berlin mehr als 500 durch den CSC
finanzierte
Doktorand*innen; dies ist bei der FU vertraglich mit dem CSC verankert).

150 **SENSIBILISIEREN & EXPERTISE ZUGÄNGLICH MACHEN**

151 Kooperationsgeflechte mit China finden sich breitgefächert in Forschung,
152 Wirtschaft und
153 Kultur. An den entsprechenden Stellschrauben bedarf es der weiteren
Sensibilisierung von
Bezirks- sowie Senatsmitarbeiter*innen im Umgang mit ihren chinesischen Partnern.

154 • Mitarbeiter*innen in den Bezirken, im Senat und in Berliner
155 Forschungseinrichtungen
156 sollten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit chinesischen Pendants
157 sensibilisiert und
158 geschult werden. Ein sinnvoller Anknüpfungspunkt ist hier die Ausbildung
159 vor dem
Antritt des Arbeitsverhältnisses, unter anderem in den Beamtenhochschulen.
Wir
empfehlen eine solche Sensibilisierung grundsätzlich für den Umgang mit
autoritären
Staaten.

160 • Hierfür ist es wichtig, Best Practices zu sammeln und in entsprechenden
161 Lehrformaten
162 zu vermitteln. Hier bietet sich die Einrichtung eines "China-Desk" als
163 eigenständige
164 Einheit aufgehängt im Senat, aber unabhängig von den einzelnen
165 Senatsverwaltungen an,
166 wo potentielle Fälle der Einflussnahme oder anderweitiger illegitimer
Aktivitäten wie
Spionageversuche, Propaganda und repressives Verhalten sowie
Einschränkungen bei der
unabhängigen Veröffentlichung in wissenschaftlichen Publikationen gemeldet
werden
können.

167 • Ein solches China-Desk könnte ebenfalls als Expertisehub für die
168 Verwaltungsmitarbeiter*innen dienen, wo China-Expertise von Sinolog*innen,
169 Politikwissenschaftler*innen, Jurist*innen und
170 Wirtschaftswissenschaftler*innen
171 gebündelt wird. Es sollte für alle Senatsverwaltungen eine
172 Konsultationsempfehlung mit
173 dem China-Desk ausgesprochen werden. Über eine solche
174 Konsultationsempfehlung hinaus
175 sollte das China-Desk anhand einer "Open-Door-Policy" arbeiten - bei

Zweifeln sollten

Mitarbeiter*innen aus den Bezirken sowie den Senatsverwaltungen explizit angehalten

werden, jederzeit an die Expert*innen des Desks heranzutreten. Jene Dienste sollen

explizit auch für Vereine und Firmen in Berlin geöffnet werden.

- 176 • Eine solche dezidierte Stelle sollte Anfragen von chinesischer Seite
177 bündeln,
178 koordinieren und gemeinsam beantworten. Ein Beispiel hierfür ist die
179 Hansestadt
Hamburg, wo jede chinesische Anfrage von einer Behörde gesammelt und
koordiniert wird,
um so sicherzustellen, dass der Hamburger Senat eine einheitliche Antwort
gibt.

180 **VERNETZUNG ZWISCHEN LÄNDERN UND KOMMUNEN FÖRDERN**

181 Die 2023 entwickelte China-Strategie der Bundesregierung war ein großer und
182 wichtiger

183 Schritt auf bundespolitischer Ebene. Ein entscheidender Teil der Umsetzung dieser
184 Strategie

185 hat jedoch auf Landes-, Bezirks- sowie Kommunalebene zu erfolgen. Hier lässt sich
186 leider

187 beobachten, dass ein Mangel an Koordination unter Ländern und Kommunen zu einer
188 risikoerhöhenden Konkurrenzsituationen um chinesische Investitionen und

189 Kooperationsmöglichkeiten führt. Die chinesischen Behörden nutzen dies ganz
190 bewusst, indem

191 Anfragen und Ansuchen an mehrere Landes- und Kommunalbehörden geschickt werden
192 und somit

193 künstlich die Konkurrenzsituation noch angeheizt wird. Dadurch wird gleichzeitig
194 auch das

Ausmaß subversiver Aktivitäten oftmals nicht deutlich, da sich Länder, Kommunen,
aber auch

entsprechende Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene nicht ausreichend
über ihre

Erfahrungen austauschen. Aus solchen Erfahrungen lassen sich jedoch Strategien
entwickeln.

Gerade für kleinere Kommunen, wo es schwieriger ist, dezidierte China-Kompetenz
in den

eigenen Strukturen zu verankern, ist ein Austausch mit größeren und
ressourcenstärkeren

Kommunen entscheidend.

- 195
- 196
- 197
- 198
- Wie oben erwähnt, sollte ein neu eingerichtetes China-Desk entsprechende Anfragen aus Bezirken und Senat bündeln. Bis dahin sollten grün-geführte Bezirke mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Erfahrungen austauschen. Hierfür könnten Arbeitsgruppen gebildet werden.
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- Berlin sollte als Vorreiter den Austausch unter den Landesregierungen suchen, fördern und an der Systematisierung und Verstetigung in den geeigneten Foren arbeiten. In bestehenden Foren im bundesdeutschen, europäischen und internationalen Kontext sollte Berlin das Thema China immer wieder auf die Tagesordnung bringen und proaktiv eigene Best-Practices und Erfahrungen aus dem Senat und den Bezirken mit anderen Ländern und Kommunen teilen. Berlin sollte explizit auf andere Bundesländer und Kommunen (auch im Ausland) zugehen, die an einer Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit mit China arbeiten.
- 207
- 208
- 209
- 210
- Berlin sollte sich für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums analog zum niederländischen „China Knowledge Network“ einsetzen, das die Kommunal- und Städteverwaltungen in ihren Beziehungen zu China unterstützt. Hier könnten man auch auf niederländische Partner*innen zugehen und explizit den Austausch suchen.

Begründung

Quellen

- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>
- <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf>

- https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriepolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=16
- <https://www.tibet-initiative.de/briefing-chinas-terror-in-deutschland/destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>
- <https://china.ahk.de/de/marktinfo/investment-deutschland/berlin>
- <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senatskanzlei/internationales/staedtepartnerschaften/staedtepartnerschaft-pekings-1377290.php>
- <https://meric.org/de/studie/stadt-land-fluss-im-blick-beijings-chinas-subnationale-diplomatie-deutschland>
- <https://www.tibet-initiative.de/briefing-chinas-terror-in-deutschland/>
- <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/internationales/staedtepartnerschaften/pekings-beijing-china>
- <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=905549&type=do>
- <https://www.ft.com/content/0ebaa7c7-761d-445e-b3e4-f5d2c9b4768f>
- <https://www.handelsblatt.com/politik/international/coronavirus-untersuchung-einfuhrverbot-gegen-grosse-schlachthofe-streit-zwischen-australien-und-china-eskaliert/25822834.html>
- <https://edition.cnn.com/2020/01/15/asia/prague-taiwan-china-intl-hnk-scli/index.html>

- <https://www.welt.de/politik/ausland/article247752576/Hongkong-Kolumne-Weiss-Deutschland-vom-Ausverkauf-seiner-Turbinen-Technik-an-Chinas-Militaer.html>
- <https://berlinoffice-china.com/>
- <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/aussenwirtschaft/artikel.61967.php>
- <https://www.aspi.org.au/opinion/nexus-military-civil-fusion-and-technological-innovation-china>
- <https://www.fu-berlin.de/en/international/doctoral-students-postdocs/cscprogram/index.html>